

Sitzungsvorlage

Gremium: Verwaltungs- und Finanzausschuss
Am: 05.07.2018

Betreff:
Erweiterung der Containeranlage auf dem Festplatz

Anlage(n):
Mitzeichnung

Beschlussvorschlag:

1. Der Anmietung einer Containeranlage zur Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Festplatz zuzustimmen.
2. Zur Deckung der Aufwendungen in den Jahren 2019 bis 2020 wird die Versicherungssumme herangezogen, sofern diese tatsächlich eingeht, ansonsten erfolgt die Deckung über I 11242010 – 7871000 – Philipp-Matthäus-Hahn-Schule, Mensabau bzw. muss entsprechend in der Finanzplanung angepasst werden.

Beratungsfolge:

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungsdatum	Beschluss
Verwaltungs- und Finanzausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	05.07.2018	

Haushaltsrechtliche Deckung

Finanzielle Auswirkungen:

HHJ	Produkt	Bezeichnung
2018	3140070000	Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge, Asylbewerber (Anschlussunterbringung)
2019	3140070000	Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge, Asylbewerber (Anschlussunterbringung)
2020	3140070000	Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge, Asylbewerber (Anschlussunterbringung)
2018	3140070000	Soziale Einrichtung für Wohnungslose (Obdachlosenunterkünfte)

Sachkonto	Bezeichnung	Erläuterung	Plan	Betrag
4231000	Mieten und Pachten	kann im aktuellen Budget gedeckt werden	-	14.000,00
4231000	Mieten und Pachten	Deckung über Versicherungssumme Brand Heinkelstraße, I 11242010 - 7871000 (PMH-Schule - Mensabau)	Überpl.	55.000,00
4231000	Mieten und Pachten	Deckung über Versicherungssumme Brand Heinkelstraße, I 11242010 - 7871000 (PMH-Schule - Mensabau)	Überpl.	41.250,00
4271000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	Deckung über Versicherungssumme Brand Heinkelstraße, I 11242010 - 7871000 (PMH-Schule - Mensabau)	Überpl.	65.000,00

Deckungsvorschlag:

Entfällt

Sachdarstellung und Begründung:

Die Entwicklungen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung haben eine Änderung der Planung der Stadtverwaltung für notwendig gemacht. Während die Zahlen zwar zurückgehen, führt insbesondere der Brand in der Heinkelstraße zu starken Verschiebungen.

Für die Anschlussunterbringung nutzt die Stadt Kornwestheim derzeit folgende Unterkünfte:

- Aldinger Str. 95-101: 86 Personen
- Stuttgarter Str. 210 (Containeranlage Festplatz): 20 Personen
- Dezentrale Unterbringung in Wohnungen: 51 Personen

Die Stadt Kornwestheim ist verpflichtet im Jahr 2018 zusätzlich 87 Personen im Rahmen der Anschlussunterbringung aufzunehmen. Die merkliche Entspannung des Flüchtlingsandrangs und der geringe Familiennachzug schlagen sich hier bereits nieder. Ursprünglich ging das Landratsamt Ludwigsburg für die Stadt Kornwestheim in 2018 von einer Neuaufnahme von 130 Personen aus.

Seit Beginn dieses Jahres hat die Stadt Kornwestheim bereits 27 Flüchtlinge untergebracht, somit beträgt die aktuelle Quote noch 50 Personen.

In der Planung war vorgesehen, Mitte des Jahres die Heinkelstr. 10, zusätzlich zu der bereits für die Anschlussunterbringung genutzten Hausnummer 12, vom Landratsamt zu übernehmen und neu zu belegen. Der Mietvertrag mit dem Landkreis lief aus und die dort untergebrachten Personen sollten übernommen werden. Durch den Brand am 17.03.2018 verlor die Stadt den Platz für 32 Personen in der Heinkelstr. 12. Die betroffenen Bewohner musste folglich auf andere Objekte verteilt werden. Zusätzlich wurden hierdurch aber auch die Planungen hinfällig, die Kapazitäten für etwa 25 Personen in der Heinkelstr. 10 zu gewinnen.

Somit verursachte der Brand ein Defizit von circa 58 Plätzen. Da die anderen Objekte nicht über einen merklichen Lehrstand verfügen, um dieses Defizit aufzufangen, müssen neue Kapazitäten geschaffen werden, um weitere Personen unterzubringen. Selbst die Aufnahme der Flüchtlinge, die von dem Brand betroffen waren, war nur durch den Auszug der Obdachlosen aus der Stuttgarter Str. 210 in den Neubau Im Moldengraben möglich. Seit Anfang April wird der Container zur Anschlussunterbringung genutzt.

Der Neubau in der Werner-Heisenberg-Str. wird etwa Raum für 80 Flüchtlinge bieten. Da die Aldinger Str. 95-101 im Herbst abgerissen werden muss, sind diese Unterbringungsplätze bereits durch die Bewohner der Aldinger Str. erschöpft. Die Erweiterung der Anlage in der Stuttgarter Straße 210 dient der Stadt somit zur Erfüllung der geforderten Unterbringungsquote. Daneben gibt sie aber auch gleichzeitig den nötigen Spielraum innerhalb der vorhandenen Unterkünfte zu variieren. Es ist vorgesehen, in der Stuttgarter Straße 210 auch zukünftig nur alleinstehende Männer unterzubringen.

Die geplante Ergänzung der derzeitigen Anlage durch zusätzliche Plätze für 26 Personen stellt für die Stadt eine sozialverträgliche Erweiterung dar. In diesem Umfang stellt dies keine Gefahr einer zu starken örtlichen Konzentration dar.

Die Aufgabe der Sozialbetreuung liegt in der Zuständigkeit des Landkreises. Seit April 2018 sind zwei Mitarbeiterinnen in der Funktion als Integrationsmanagerinnen für die Anschlussunterbringung in Kornwestheim zuständig.

Neben der Ergänzung der Containeranlage soll die Unterbringungsquote durch die Nachbelegung frei werdender Plätze und einzelner Wohnungen aus dem Bestand der Stadt und der Städtischen Wohnbau Kornwestheim GmbH erfüllt werden.

Finanzierung:

Der Neupreis der Anlage würde bei circa 500.000 Euro liegen, bei einer Lieferzeit von acht bis zwölf Wochen.

Die Gesamtkosten für die Anmietung über eine Dauer von 24 Monaten belaufen sich auf ca. brutto 175.000,00 Euro. Die Kosten setzen sich aus Einmalleistungen für den Auf- und Abbau von ca. brutto 30.000,00 Euro und den Mietkosten für 24 Monate von ca. brutto 110.000,00 Euro zusammen. Die monatliche Miete liegt demnach bei knapp 4.500 Euro. Die Herstellung der Versorgungsleitungen für Strom, Wasser, Abwasser und sonstiges sind mit ca. brutto 35.000,00 Euro kalkuliert.

Es handelt sich um eine außerplanmäßige Ausgabe, welche jedoch über die Versicherungssumme im Brandfall Heinkelstraße gedeckt werden könnte. Allein für das völlig abgebrannte Gebäude Heinkelstraße Nr. 10 kann mit einer Versicherungszahlung von knapp 600.000 Euro gerechnet werden. Da eine offizielle Bestätigung der Versicherung jedoch noch nicht eingegangen ist und nicht gesichert ist, dass der Zahlungseingang in 2018 erfolgt, ist für die Planung eine weitere Deckung hinzuzuziehen. Da in 2018 keine Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau der Zentralmensa der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule mehr erfolgen, könnte ersatzweise auf diese Mittel zurückgegriffen werden.

Vorschlag:

Die Verwaltung empfiehlt die Anmietung der oben genannten Containeranlage für die Unterbringung von bis zu 26 Personen der Anschlussunterbringung.